



Entschließungsantrag

—

Fraktion DIE LINKE

Entwurf eines Gesetzes über die finanzielle Beteiligung am Ausbau erneuerbarer Energien in Sachsen-Anhalt (EEBeteilG LSA)

Gesetzesentwurf Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/3191**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, eine finanzielle Beteiligung von betroffenen Kommunen und Einwohnern bei auch bereits bestehenden Anlagen zu ermöglichen, die durch das EEG des Bundes Artikel 6 erfasst worden sind.
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, bundeseinheitliche Netzentgelte einzuführen, um die Benachteiligung der besonders stark am Ausbau der erneuerbaren Energien beteiligten Regionen aufzuheben.
- sich auf der Bundesebene für den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Umsetzung mehrerer Strompreisbieterzonen in Deutschland einzusetzen.

Begründung

Insbesondere die Länder Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg haben einen großen Anteil am Ausbau der erneuerbaren Energien geleistet. Da die entsprechenden Investitionen in diesem Bereich nur zu einem sehr geringen Teil aus den jeweiligen Ländern selbst stammen, fließen die mit diesen Anlagen erwirtschafteten Gewinne ab, während die Belastung durch den Ausbau und die höheren Netzentgelte von den Einwohnerinnen und Einwohnern vor Ort zu tragen sind. Landesrechtliche Regelungen, die gegensteuern können, sind jedoch nur in beschränktem Maße für Neuansiedlungen möglich. Damit wer-

den die Vorleistungen unseres Landes nicht honoriert, was zu einer sinkenden Akzeptanz der erneuerbaren Energien führt.

Der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien vor allem im Norden der Bundesrepublik führt dazu, dass Energie hier tendenziell zu geringeren Kosten produziert werden kann als im Süden der Bundesrepublik. Durch das Merit-Order-Prinzip an den Strompreissbörsen führt dies aber nicht zu geringeren Stromkosten im Norden, sondern lediglich zu höheren Gewinnmargen bei den Energieproduzenten. Dieser künstlichen Verteuerung der Energie muss im Interesse von Verbrauchern und Wirtschaft entgegengewirkt werden.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz